

Der größeren Bedeutung Afrikas nach der Zeitenwende gerecht werden

Der afrikanische Kontinent wird das 21. Jahrhundert entscheidend prägen – und damit auch die Zukunft Deutschlands und Europas. Geopolitische, demografische und wirtschaftliche Umbrüche und Dynamiken führen zu einer wachsenden Bedeutung der afrikanischen Staaten in der Welt. Bis Mitte des Jahrhunderts wird ein Viertel der Weltbevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent leben. Zudem befinden sich mehr als ein Viertel der Mitgliedsländer der Vereinten Nationen (VN) in Afrika. Gleichzeitig werden afrikanische Staaten und Gesellschaften besonders hart von den multiplen globalen Krisen wie Krieg, Klimawandel, Hunger und Pandemien getroffen und spielen daher eine entscheidende Rolle dabei, Lösungsansätze zu entwickeln.

In Afrika ist die multipolare Weltordnung schon heute Realität. Die Außenbeziehungen der 54 Länder des Kontinents sind zunehmend pragmatisch. Blockbildung findet in Afrika keine Unterstützer:innen. Zwar ist die Europäische Union (EU) größter Handelspartner Afrikas, aber die Beziehungen zu anderen Staaten und Akteur:innen haben an Bedeutung gewonnen. Dennoch bleiben Deutschland und Europa in Afrika geschätzte Partner, insbesondere weil die Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen erfolgt und die Zivilgesellschaft einbindet.

Angesichts dieser Entwicklungen müssen Deutschland und Europa mehr als je zuvor belastbare Allianzen, Netzwerke und Partnerschaften in Afrika schließen, insbesondere solche, die unter anderem ein Augenmerk auf die Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen legen. Welche Partnerschaften afrikanische Länder eingehen, wird die Zukunft von Demokratie und globaler Zusammenarbeit beeinflussen, von der Deutschland besonders abhängt.

Die Staaten und Gesellschaften Afrikas haben den berechtigten Anspruch, die internationale Ordnung mitzugestalten. Das ist eine Chance für deutsche und europäische internationale Politik, weil wir Ziele wie einen fairen Internationalismus und gemeinsame Sicherheit teilen. Auch ein regelbasierter Multilateralismus kann nur verteidigt werden, wenn Europa ihn gemeinsam mit afrikanischen Partnern reformiert.

Afrika und Europa sind als historisch, geografisch und kulturell verbundene Nachbarkontinente prädestinierte Partner. Beide Regionen haben ein großes Interesse an einer verlässlichen, regelbasierten Weltordnung auf der Grundlage der Charta der VN sowie an einer wirksamen Umsetzung der Agenda 2030. Die Afrikanische Union (AU) und die EU haben sich der Förderung von Demokratie, Sicherheit und Stabilität verpflichtet. Eine Mehrheit der Afrikaner:innen teilt – wie auch die Europäer:innen – die Überzeugung, dass Demokratie den besten Rahmen für gesellschaftliche Teilhabe und Fortschritt bietet. Auf beiden Kontinenten ist die Demokratie seitens autoritärer Kräfte unter Druck geraten. Die Stärkung von menschlicher Sicherheit durch Demokratien ist daher ebenfalls unser gemeinsames Ziel.

Eine Neupositionierung der Zusammenarbeit mit Afrika erfolgt nicht zuletzt unter dem Eindruck der Herausforderungen, die unser zukünftiges Handeln prägen: der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der wachsende Einfluss autoritärer Staaten auf dem afrikanischen Kontinent, die Klimakrise, der zunehmende Vorwurf von Doppelstandards gegenüber Europa und die schnell wachsende Bevölkerung Afrikas.

- **Um der größeren Bedeutung Afrikas gerecht zu werden und auf dem afrikanischen Kontinent Partner:innen für die Verteidigung und Reform eines regelbasierten Multilateralismus zu gewinnen, wollen wir in sozialdemokratischer Tradition mit fairen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angeboten Vertrauen stärken und langfristig erhalten.**
- **Wir wollen unsere geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen in afrikanischen Ländern künftig deutlicher formulieren, ohne uns darauf zu beschränken. Dabei bleibt die Unterstützung einer gerechten wirtschaftlichen und sozialen Transformation, inklusive einer nachhaltigen und solidarischen Klima- und Rohstoffpolitik, zentral – auch um Fluchtursachen zu bekämpfen und der wachsenden Gruppe der Jugendlichen auf dem afrikanischen Kontinent Perspektiven zu eröffnen.**
- **Gleichzeitig sind unsere Interessen in Afrika weiterhin von Solidarität und der Agenda 2030 inkl. der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) bestimmt. Auch die Agenda 2063 der AU ist richtungweisend. Nur wenn wir diese Interessen zusammendenken und operationalisieren, werden wir die strategischen Bündnisse in Afrika aufbauen können, die wir in Deutschland in einer multipolaren Welt zunehmend brauchen.**
- **Wir setzen auf Partnerschaften, die auf Respekt und Gegenseitigkeit beruhen, afrikanische Prioritäten ernstnehmen und aufgreifen. Dazu gehört auch die deutsche Vergangenheit auf dem afrikanischen Kontinent aufzuarbeiten.**

Dekolonialisierung: Vergangenheit aufarbeiten, um gemeinsam Zukunft zu gestalten

Entscheidende Grundlage für eine engere Zusammenarbeit mit Afrika ist die Aufarbeitung und Anerkennung der deutschen Kolonialgeschichte in Afrika und der Verbrechen dieser Zeit sowie die Versöhnung und Rückgabe entwendeter Objekte und die Umbettung von Vorfahren in ihre Herkunftsgesellschaften. Das ist Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete Partnerschaft mit unserem afrikanischen Nachbarkontinent – auch über die ehemaligen Kolonien hinaus.

Wir stellen uns der Verantwortung angesichts der durch die sogenannte „deutsche Schutztruppe“ verübten Gräueltaten an den Volksgruppen der Herero und Nama, die wir klar als Völkermord benennen müssen. Die Aussöhnung mit **Namibia** bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und moralischen Verantwortung erwächst. Das angestrebte Versöhnungsabkommen mit Namibia kann nur der Auftakt zu einem gemeinsamen Prozess der Aufarbeitung sein.

Durch den Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in **Tansania** im November 2023 wurde ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Anerkennung und Aufarbeitung deutscher kolonialer Schuld im Maji-Maji-Krieg unternommen und die Notwendigkeit der Rückgabe unrechtmäßig erworbener Artefakte und Sammlungsgüter wie auch die Umbettung von Vorfahren unterstrichen.

Wir wollen diese Prozesse auch bezüglich Togo, Nigeria und Kamerun weiter vorantreiben. Außerdem wollen wir unsere Zusammenarbeit mit Afrika auf möglicherweise noch bestehende koloniale Kontinuitäten prüfen. Dazu wollen wir untersuchen, inwieweit Strukturen, Handeln oder Vorstellungen, wie etwa struktureller Rassismus, Eurozentrismus und Paternalismus, auf kolonial geprägtes Denken zurückzuführen sind und gleichberechtigten Beziehungen entgegenstehen.

Echter Multilateralismus: Gemeinsam mit Afrika die regelbasierte internationale Ordnung verteidigen und reformieren

Viele afrikanische Länder verfolgen in Zeiten von zunehmender globaler Unsicherheit eine besonders pragmatische Außenpolitik, die einseitige Bindungen vermeidet, vermeintliche oder tatsächliche Doppelstandards westlicher Außenpolitik offensiv anspricht und neue Bündnisse sucht. Die anhaltende Diversifizierung der Außenbeziehungen afrikanischer Länder als Abkehr von Europa zu interpretieren wäre jedoch ein Fehler. Sie sollte hingegen Anreiz sein, unsere gemeinsame Arbeit an einem fairen Multilateralismus weiter zu verstärken und bessere Angebote zu machen.

An einer Reduzierung von außenpolitischen Optionen sind die meisten afrikanischen Länder nicht interessiert. So gilt es für Deutschland, Handlungsmöglichkeiten strategischer als bisher zu nutzen und weltweit einflussreiche afrikanische Länder wie beispielsweise Südafrika oder Nigeria zukünftig enger einzubinden. Die Reisen des Bundeskanzlers in jene Länder sind daher ein wichtiges Signal.

Nur wenn wir stärker als in der Vergangenheit bereit sind, eine Reform der VN und der internationalen Finanzarchitektur zum Vorteil afrikanischer Länder voranzutreiben, können wir auch auf Unterstützung von afrikanischen Ländern bei der Erhaltung der regelbasierten Ordnung zählen. Eine Demokratisierung der internationalen Ordnung in diesem Sinne ist daher in unserem eigenen Interesse. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich das konsequent multilateral ausgerichtete Handeln des Bundeskanzlers, etwa sein erfolgreiches Eintreten für eine Aufnahme der AU in die G20 und die Einladung von Gastländern u.a. aus Afrika zum G7-Gipfel 2022 in Elmau. Der UN Summit of the Future unter deutschem Ko-Vorsitz und die Vierte Konferenz für Entwicklungsfinanzierung 2025 bieten die Möglichkeit, dringende Kurskorrekturen im multilateralen Gefüge vorzunehmen.

Weiterhin wichtig bleibt eine Reform des VN Sicherheitsrates, wo eine permanente und bessere afrikanische Repräsentation unerlässlich ist und von uns unterstützt wird. Hierzu zählen auch mehr Stimmrechte in den Organisationen der internationalen Finanzarchitektur, um zu einer gleichberechtigteren Mitbestimmung beizutragen.

Die in Folge der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskriegs dramatisch gewachsene Staatsverschuldung in einigen afrikanischen Ländern verhindert Investitionen in die Zukunft. Für die Schuldenkrisen brauchen wir eine nachhaltige Lösung innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Mit dem Common Framework der G20 ist ein gemeinsamer Rahmen etabliert, der aber noch nicht ausreicht, um die gegenwärtige Situation zu bewältigen. Hier wollen wir nachbessern.

- **Wir fordern eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen und die Entwicklung eines neuen internationalen Schuldenmanagementkonsens, der an nachhaltiger Entwicklung und nicht an Gläubigerinteressen orientiert ist. Wir begrüßen die von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze mitangestoßene Reform der Weltbank, die Investitionen in öffentliche globale Gemeingüter wie Klimaschutz oder Biodiversität stärken wird, ohne dabei den Kernauftrag der Armutsbekämpfung zu vernachlässigen.**
- **Die Schuldenkrisen in Afrika zeigen, wie wichtig Initiativen für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren bleiben, das alle Gläubiger miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umsetzt.**
- **Zudem müssen wir sicherstellen, dass Programme des Internationalen Währungsfonds in Schuldenkrisen soziale Teilhabe schützen und Ungleichheit vorbeugen. Wir dürfen Fehler der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme der Vergangenheit nicht wiederholen. Auch hierfür ist der G20-Beitritt der AU ein wichtiger Schritt.**

Geteilte Ziele, neue Bündnisse: Demokratie stärken und pragmatische Politik wagen

Eine zukünftige Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern baut auf der Grundlage von geteilten Zielen und Interessen auf. Die AU teilt mit der EU die Orientierung an Zielen wie Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit, einer fairen Weltordnung und Klimaanpassung. Weiterhin halten große Mehrheiten auf dem Kontinent Demokratie für die beste Regierungsform und lehnen autoritäre, illegitime Herrschaftsverhältnisse ab.

Doch die Unzufriedenheit mit ausbleibender Daseinsfürsorge, mangelhaftem staatlichem Schutz, zu wenigen guten Arbeitsplätzen und mangelnden Perspektiven für die Jugend sowie Probleme mit Korruption setzen Demokratien in Afrika zunehmend unter Druck. Wir wollen daher die Demokratien des afrikanischen Kontinents zukünftig stärker unterstützen, soziale und wirtschaftliche Teilhabe benachteiligter Gruppen garantieren und mit politischer Teilhabe verknüpfen.

Multiple globale- und regionale Sicherheitskrisen und damit verbunden Deutschlands geostrategische Interessen erfordern aber auch Dialog und pragmatische Kooperation mit Ländern, deren Regierungen derzeit nicht unsere Werte teilen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Kontinents lebt in autokratisch regierten Ländern: Auch in ihrem Interesse müssen gemeinsame Lösungen für geteilte Herausforderungen erarbeitet sowie humanitäre Hilfe in Krisengebieten gewährleistet werden. Um besonders für junge Menschen und Frauen nachhaltige Perspektiven zu schaffen, bleibt die feministische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik unabdingbar. Deshalb müssen dafür auch weiterhin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden insbesondere in der Sahel-Region pragmatische Wege der Zusammenarbeit finden müssen, die politischen Transitionen auf der Agenda halten, aber gleichzeitig Gesprächskanäle in sicherheits-, entwicklungs- und migrationspolitisch für Europa besonders wichtigen Ländern offenhalten, in denen zudem Russland und China einflussreicher werden. Hierfür ist die von Entwicklungsministerin Svenja Schulze angeführte Sahel-Allianz ein wichtiger Rahmen. Wichtig sind weiterhin der vernetzte Ansatz und die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Entwicklung und Umsetzung von gesamteuropäischen Strategien.

Sicherheit miteinander organisieren und Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteur:innen erhöhen

Wir unterstützen das Ziel der AU eines friedlichen und sicheren Afrikas. Für uns ist klar, dass menschliche und militärische Sicherheit zusammengehören. Außen- und Entwicklungspolitik ist nachhaltige Sicherheitspolitik, weil sie direkten oder indirekten Beitrag dazu leistet, Konflikten vorzubeugen. Bei einer punktuellen Zusammenarbeit mit militärischen Akteuren in Autokratien ist darauf zu achten, dass negative Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation und die Sicherheitslage vermieden werden.

Eine stärker vernetzte Sicherheitspolitik mit unseren afrikanischen Partnern schafft Netzwerke und Bündnisse und stärkt die multilaterale Kooperation in Zeiten einer sich verschärfenden Auseinandersetzung um Werte und Einflussphären. Für uns ist klar, dass wir auch in Krisenregionen präsent und engagiert bleiben wollen, um weiterhin Angebote zur Zusammenarbeit zu machen, auch um diese Angebote nicht unseren autokratischen Rivalen zu überlassen.

Das betrifft besonders die **Sahel-Region**. Die Sicherheitslage für die Bevölkerung hat sich nach den gewaltsamen Machtübernahmen durch das Militär in Mali, Burkina Faso und Niger weiter verschlechtert. Deutschland hat im Sahel in den vergangenen Jahrzehnten eng mit der EU und den VN zusammengearbeitet. Wenn unser Engagement im multilateralen Rahmen durch deutliche Kritik aus Regierungen und Zivilgesellschaft unter anderem am französischen Engagement beeinflusst und schwieriger wird, muss sich Deutschland stärker als bisher auch bilateral sicherheits-, außen- und entwicklungspolitisch einbringen und eine Brücke in die Zeit bauen, in der internationale Organisationen wieder Fuß fassen könnten. Dafür muss Deutschland auch innerhalb der EU stärker für einen kohärenten europäischen Ansatz eintreten.

Wir erkennen außerdem an, dass die meisten bewaffneten Akteure, die substanzielle Gebietskontrolle in der Sahel-Region ausüben oder Leistungen anbieten, die der Staat derzeit nicht gewährleistet, früher oder später in Dialoginitiativen eingebunden werden müssen. Rote Linien für Dialog- und Waffenstillstandsangebote aufzustellen war ein Fehler, den wir nicht wiederholen sollten. Rückzugsräume für gewaltbereite Akteure werden kleiner, wenn wir regional angeführte robuste und auf Dialog basierende Komponenten besser verzahnen.

Gleichzeitig hat die beständige Eskalationsgefahr in **Libyen** Einfluss auf die Stabilität der gesamten Region. Nicht nur deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass der Berliner Prozess für einen Frieden in Libyen fortgeführt wird. Auch die Zusammenarbeit mit den Küstenländern Westafrikas soll weiter ausgebaut werden, die von Spill-Over-Effekten der Gewalteskalation im Sahel bedroht sind.

Genauso müssen wir unsere Aufmerksamkeit auf die eskalierende Gewalt im **Osten der Demokratischen Republik Kongo** sowie den verheerenden Bürgerkrieg im **Sudan** lenken. Beide Konflikte dürfen nicht in Vergessenheit geraten. In beiden Regionen muss die Verletzung von Menschenrechten dokumentiert und sich für Menschenrechte eingesetzt werden. Im Sudan zeichnet sich eine der größten Hungersnöte ab. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir weitere humanitäre Hilfe zusagen und unsere Bemühungen für die Beendigung der Krise verstärken.

Im **Horn von Afrika** verschärfen sich ebenfalls bestehende Sicherheitskrisen. Wir schauen auch kritisch auf den Einfluss autokratischer Staaten außerhalb der Region auf das Horn, deren Einfluss den geopolitischen Wettbewerb und Waffenlieferungen in die Region beschleunigt und damit Friedensprozesse erschwert. Am Horn lohnt ein mit den VN und der AU abgestimmter stärkerer Einsatz als in der Vergangenheit, auch weil diese Region geographisch gegenüber dem Roten Meer positioniert und damit für den internationalen Handel und Migrationsbewegungen besonders wichtig ist. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) trägt unter anderem mit seiner Beteiligung an der „Horn von Afrika Initiative“ zu Stabilität und Entwicklung in der Region bei. Wir setzen uns für eine Stärkung des deutschen Engagements in dieser Region ein.

Die deutsche Nationale Sicherheitsstrategie, die im Juni 2023 vorgestellt wurde, behandelt die Ernährungssicherheit als Teil eines umfassenden Ansatzes zur nationalen und internationalen Sicherheit. Dies steht im Einklang mit dem Nachhaltigen Entwicklungsziel 2 (SDG 2), welches darauf abzielt, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit zu erreichen, die Ernährung zu verbessern und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Sicherheit kollektiv gestalten

Afrikanische Krisenregionen haben gemeinsam, dass ein funktionierendes System kollektiver Sicherheit fehlt: Sicherheit wird oftmals gegen statt miteinander organisiert und der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteur:innen ist gering. Immer wieder kommt es zu einer staatlichen Unterstützung von Milizen in Nachbarländern. Darum unterstützen wir regionale Vertrauensbildung, die dafür notwendigen Dialogformate, Konfliktmediation und die stärkere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.

Fest steht, dass Friedensprozesse durch die Einbeziehung feministischer Perspektiven erfolgreicher werden. Wir setzen uns gemäß VN-Resolution 1325 für eine stärkere Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, die Stärkung von Frauen in bewaffneten Konflikten und innerhalb staatlichen Militärs sowie die Förderung sexueller und reproduktiver Rechte ein. Dabei geht es uns um die Stärkung lokaler Akteurinnen.

Zudem konnten in Afrikas Krisenregionen ganz unterschiedlich mandatierte Friedensmissionen der VN nicht ausreichend für Sicherheit sorgen, auch wenn ihre Bilanzen insgesamt positiv sind. Im Sinne des Grundprinzips der regionalen Eigenverantwortung wurde der AU vom VN-Sicherheitsrat mit Resolution 2719 Ende 2023 eine noch zentralere Rolle für die zukünftige Mandatierung, Durchführung und Finanzierung von Peace Support Operations in Afrika zugewiesen, die wir begrüßen. Mandatserstellung, -

überprüfung und -erneuerung müssen in Zukunft vom VN-Sicherheitsrat und der AU noch stärker gemeinsam geplant werden. Sie können nun umfangreicher durch VN-Beiträge finanziert werden.

Zusätzlich kommt es insbesondere im Kontext von Friedensmissionen und Wahlen verstärkt zu Desinformation durch lokale Akteur:innen, aber auch durch externe Konfliktparteien wie z.B. Russland oder andere. Hier gilt es, stärker als bisher konkrete Ursachenforschung für Desinformation in den sozialen Medien und der breiteren Medienlandschaft zu betreiben und somit auf Prävention und gezielte Bekämpfung von falschen Narrativen zu setzen.

- **Wir wollen daher zukünftig die AU und afrikanische Regionalorganisationen dabei unterstützen, eine größere Verantwortung für die Herbeiführung und Sicherung von Frieden und Sicherheit zu übernehmen.**
- **Zukünftige Mandate sollen schlanker und realistischer, kontextspezifischer und vor allem inklusiver entwickelt und durchgeführt werden als bisher. Nur wenn lokale Akteur:innen und Zivilgesellschaft stärker in die Mandatsentwicklung und -überprüfung eingebunden werden, können diese erfolgreich sein. Hier wollen wir vor allem Frauen und Akteur:innen aus marginalisierten Gruppen einbinden.**
- **Stärker als zuvor sollten Exit-Strategien nach einem „ausreichend guten Zustand“ von Anfang an regelmäßig thematisiert werden.**
- **Grundsätzlich werden Friedensmissionen der AU bzw. der Regional Economic Communities (RECs) zukünftig wichtiger, auch um neuen Konflikt dynamiken (z.B. durch Klimarisiken) Rechnung zu tragen.**
- **Durch eine gemeinsame Nutzung von Wissen, Ressourcen und Technologien kann die Ernährungssicherheit auf dem afrikanischen Kontinent verbessert werden.**

Gerechte wirtschaftliche und soziale Transformationen in sozialdemokratischer Tradition unterstützen

In großen Teilen des afrikanischen Kontinents hat bislang keine strukturelle Transformation der Wirtschaft, die lokale Wertschöpfung fördert und gute Arbeit schafft, stattgefunden. Das Wirtschaftswachstum vieler afrikanischer Staaten geht weiterhin nicht mit der Entstehung von formellen Arbeitsplätzen einher. Die Mehrheit der Afrikaner:innen arbeitet im informellen Sektor, in dem Einkommen volatil sind, meist weit unter den staatlichen Mindestlöhnen liegen und wo zudem nur eingeschränkter oder gar kein Zugang zu sozialen Sicherungssystemen besteht.

Gleichzeitig versiegen staatliche Einnahmequellen. Konzerne und Individuen nutzen Schlupflöcher im internationalen Steuerrecht. Private wie staatliche Gelder werden von einigen Regierungs- und Wirtschaftseliten auf intransparenten und oftmals illegalen Wegen ins Ausland geschafft, statt sie produktiv im Inland zu investieren. Zudem führt die dringend notwendige Dekarbonisierung der globalen Energieproduktion absehbar dazu, dass Gas- und Ölexporte einiger afrikanischer Länder einbrechen werden, die von diesen Einnahmen bisher abhängig sind.

Der afrikanische Kontinent braucht dringend nationale, regionale und internationale Investitionen um die strukturelle Transformation voranzutreiben, Klimaanpassung vorzunehmen und die panafrikanische Freihandelszone aufzubauen. Herausforderungen sind dabei die hohen Zinssätze für Staaten und Privatunternehmen in Afrika, die Investitionen verteuern und Schuldenkrisen beschleunigen.

Wir unterstützen die Mobilisierung von deutschen und europäischen privaten und öffentlichen Investitionen in Afrika. Mehr als in der Vergangenheit soll der Compact with Africa die Mobilisierung von solchen Investitionen priorisieren, die zum Aufbau von guten Arbeitsplätzen in Afrika und zur Stärkung von Nachfrage auf afrikanischen Märkten führen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass

Bundeskanzler Olaf Scholz den Compact with Africa regelmäßig ausgerichtet hat. Wichtig sind ferner ein Schuldenmanagement und die begleitende Stärkung sozialer Sicherheit. Der Aufbau umfassender sozialer Sicherungssysteme ist sozial und geschlechtergerecht, generiert wirtschaftliche Nachfrage und stabilisiert lokale Wirtschaftskreisläufe.

Wir wollen den Aufbau der afrikanischen kontinentalen Freihandelszone noch stärker unterstützen und damit afrikanische Länder mit guten und kohärenten Angeboten einen Zugang zum EU-Markt eröffnen. Wenn über die Ausgestaltung der afrikanischen Freihandelszone beraten wird, gehören Gewerkschaften, die in immer mehr Ländern auch den informellen Sektor repräsentieren, an den Verhandlungstisch. Wir begrüßen, dass Deutschland sich auch finanziell als einer der größten internationalen Unterstützer für die Freihandelszone engagiert. Diese Unterstützung muss fortgeführt werden.

Es gilt, die besondere historische Erfahrung afrikanischer Länder und aktuelle Prioritäten nachzuvollziehen, wenn Partner für gemeinsame Ziele gewonnen werden sollen. Dazu gehört auch, bestehende Asymmetrien in der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zu überwinden. In der Handels- oder Agrarpolitik ist die Förderung der lokalen Wertschöpfung eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und des Respekts für unsere Partner:innen. **Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass der Bundeskanzler für die Überwindung des Extraktivismus eintritt, die Staaten in Afrika und darüber hinaus darin unterstützt, Verarbeitungs- und Wertschöpfungsschritte über den reinen Rohstoffabbau aufzubauen.**

Urbanisierung: Gemeinsam Chancen identifizieren und Herausforderungen begegnen

Die rapide Urbanisierung in Afrika ist, gepaart mit demographischem Wandel, zentraler Transformationskatalysator der kommenden 50 Jahre auf dem Kontinent: Die Zukunft des Kontinents entscheidet sich in seinen schnell wachsenden Städten. Eine soziale, geschlechtergerechte und nachhaltige sowie auf politische und soziale Teilhabe ausgerichtete Urbanisierung und Stadtentwicklung muss daher noch stärker in den Fokus deutscher Afrikapolitik rücken.

Die schon jetzt zahlreichen und vielfältigen Proteste der jungen und zunehmend städtischen Bevölkerung Afrikas werden aufgrund von Schuldenkrisen, fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven und mangelndem Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge voraussichtlich weiter zunehmen. In Teilen bildet sich in politischen Bewegungen und Protestgruppen in den Städten die zukünftige Führung und politische Elite des Kontinents.

Wir müssen daher neue Wege finden, mithilfe unserer sozialdemokratischen Ziele Glaubwürdigkeit zu etablieren, insbesondere gegenüber jenen jungen Menschen, die heute protestieren, aber schon bald politische Verantwortung übernehmen könnten.

Gemeinsam eine nachhaltige und solidarische Umwelt- und Klimapolitik gestalten

Die Industrienationen tragen in der Bewältigung der Klimakrise eine historische Verantwortung. Sie sind für einen Großteil der historischen Emissionen verantwortlich. Knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in Afrika, zugleich sind diese Menschen für weniger als fünf Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Der afrikanische Kontinent hat damit am wenigsten zur Klimakrise beigetragen, ist aber besonders stark von ihr betroffen.

Die Klimakrise betrifft vor allem die große Mehrheit der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung – ein Großteil davon Frauen – und macht auch gewalttätige Konflikte und damit verbundene Migrationsbewegungen oder Binnenvertreibungen wahrscheinlicher. Damit schränkt die Klimakrise die Verwirklichungs- und Entwicklungschancen heutiger und zukünftiger Generationen in Afrika mehr als anderswo ein. Gleichzeitig sind große Teile der ländlichen Gebiete ohne Energieversorgung. Bei der Verarbeitung der Produkte kommt häufig Brennholz oder Kohle zum Einsatz. Daher sind besonders Frauen von den gesundheitlichen Folgen betroffen. Eine nachhaltige und agrarökologische Landwirtschaft sollte gefördert werden, um effizienter und umweltfreundlicher zu produzieren. Die Agrarökologie bietet ein integratives Modell, das ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Lebensfähigkeit

miteinander verbindet. Ferner ist die Förderung von Wassermanagement anzustrengen, um den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verbessern und um vor Naturgefahren zu schützen.

Die globale Klimakrise verschärft auch die Wasserkrise auf dem afrikanischen Kontinent. Die in vielen Ländern bestehende Wasserknappheit wirkt sich bereits heute negativ auf Entwicklung und Ernährungssicherheit aus. Zudem steigen die Kosten für dringend notwendige Anpassungsmaßnahmen, die durch fehlende Finanzierung oft nicht aufgefangen werden können. Dies ist angesichts der Tatsache, dass afrikanische Staaten fast nichts zur Klimakrise beigetragen haben, aber besonders von ihr betroffen sind, besonders problematisch.

Der Klimawandel hat zudem Auswirkungen auf die Globale Gesundheit. Der fortschreitende Klimawandel und der Verlust von Biodiversität sind eng verbunden mit der Gesundheit von Mensch und Tier. Im Sinne eines gleichberechtigten Forschungsaustausches und Kapazitätsaufbaus mit und in den afrikanischen Staaten gilt es daher, die lokalen Produktionskapazitäten für Impfstoffe, Medikamente und Diagnostika weiter zu fördern sowie die lokale Forschung mit Blick auf die Ausbreitung von vernachlässigten Tropenkrankheiten und Zoonosen zu unterstützen. Das Gleiche gilt für die Klimaforschung und Innovation im Bereich der Klimaanpassung. Es ist eine Frage der historischen Verantwortung und zugleich im aufgeklärten Eigeninteresse, afrikanische Länder bei der Erreichung der von ihnen selbst im Rahmen des Pariser Klima-Abkommens vereinbarten „Nationally Determined Contributions“ finanziell und mit Know-How zu unterstützen.

Im Sinne der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik fördern wir besonders die Arbeit von Frauen in ländlichen Gebieten. Frauen machen einen Großteil der Arbeitskraft in der Landwirtschaft aus, aber nur ein verschwindend geringer Teil von ihnen besitzt selbst Land oder ist im formellen Sektor angestellt.

Wir wollen besonders im Bereich der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen Unterstützung mobilisieren, sowohl bilateral als auch über den Anpassungsfonds im Rahmen der UNFCCC oder durch eine Befüllung des neugegründeten Loss and Damage Fonds. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Green Climate Fund als Instrument internationaler Klimafinanzierung regelmäßig aufgefüllt und die Mittel darin für alle Staaten leichter zugänglich werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung sowohl bei der internationalen Klimafinanzierung allgemein als auch spezifisch beim Aufbau des Loss and Damage Fund eine führende Rolle einnimmt.

Die Industrienationen produzieren so viel Müll wie noch nie. Elektroschrott, Plastikmüll und Alttextilien werden nach Afrika exportiert und verschmutzen Luft, Böden und Wasser. Unser Wohlstandsmüll richtet schwere gesundheitliche Schäden bei den Menschen an. Wir dürfen unsere Abfallproblematik nicht länger in andere Länder auslagern. Wir setzen uns daher weiterhin für eine effiziente nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Deutschland, für eine bessere Überwachung und Kontrolle von Müllexporten und gegen illegale Entsorgungspraktiken ein. Wir unterstützen Afrika bei der Errichtung von Entsorgungs- und Recyclingstrukturen.

Gleichzeitig haben auch die Regierungen der afrikanischen Länder eine Verantwortung für die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung und den Schutz der eigenen Ökosysteme, der sie gerecht werden müssen. Durch Schutz und Wiederherstellung der vielfältigen Ökosysteme des Kontinents sowie des Artenschutzes kann ein wichtiger Beitrag zur Sicherung unserer biologischen Vielfalt und zum natürlichen Klimaschutz geleistet werden. Außerdem tragen afrikanische Staaten so zur Klimaanpassung, zum Erhalt eines normalen Wasserhaushalts und Schutz vor Klimakatastrophen bei.

Der Zugang zu Energie ist dabei nicht nur ein relevanter Entwicklungsfaktor, sondern auch ein Menschenrecht. Wir erkennen an, dass auf einem Kontinent mit 600 Millionen Menschen ohne Zugang zu Elektrizität der Anspruch, beispielsweise vorhandene Gasvorkommen zu nutzen, akzeptiert werden muss, solange diese als Brücke zu Klimaneutralität dienen und im Einklang mit dem 1,5°-Ziel stehen. Natürlich muss auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien auf die Umweltverträglichkeit und auf den

Erhalt der Biodiversität geachtet werden. So liegt der Fokus der von der Bundesregierung mitverhandelten „Just Energy Transition Partnerships“ auf dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und einer zugleich sozial abgefederten Transition. Die Abkommen sind für uns ein wegweisender Ansatz für eine gerechte globale Klimapolitik, auch weil sie Gewerkschaften einbeziehen.

Zudem unterstützen wir Instrumente wie den auf Initiative von Bundeskanzler Olaf Scholz gegründeten internationalen Klimaclub und erkennen sein Potenzial für die gerechte Gestaltung internationaler Klimapolitik an. Auf dem afrikanischen Kontinent sind bereits Ägypten, Kenia, Marokko und Mosambik Mitglied. Er trägt maßgeblich dazu bei, dass freier Handel und wirtschaftliche Entwicklung nicht im Widerspruch zu ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen stehen.

- **Das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten verpflichtet zunächst uns in Europa zum Handeln vorrangig im Rahmen einer Vorbildrolle, um durch die eigene Verringerung von Treibhausgasemissionen und die sozialverträgliche, aber konsequente Dekarbonisierung unserer Wirtschaften die Machbarkeit einer klimaneutralen Wirtschaftsentwicklung aufzuzeigen.**
- **Das bedeutet auch, effektive Beteiligungsrechte von vulnerablen Gruppen, Frauen, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, in allen Prozessen der Anpassung und Lösungsfindung zu verwirklichen.**
- **Bei den großen wirtschaftlichen Entwicklungschancen für Afrika, die Handelsabkommen mit der EU bieten, wollen wir auch klimapolitische Aspekte stärker reflektieren. Dazu gehört auch, eine gemeinsame Position der SPD-Bundestagsfraktion zu formulieren, um sie auf europäischer Ebene in eine Evaluierung der wirtschaftlichen Konsequenzen des Carbon Border Adjustment Mechanism durch die Europäische Kommission einzubringen.**

Gemeinsam eine nachhaltige Rohstoffpolitik fördern

Der deutsche und europäische Bedarf an für den Ausbau von erneuerbaren Technologien wichtigen Rohstoffen trifft auf große Rohstoffvorkommen von Lithium, Kupfer und seltenen Erden in Afrika. Afrikanische Länder werden daher zunehmend wichtige Handelspartner mit großen Potenzialen für den Ausbau und Export erneuerbarer Energien (zum Beispiel Grüner Wasserstoff, Sonnen- und Windenergie) und die Verarbeitung kritischer Rohstoffe (beispielsweise Lithium, Coltan und Kupfer).

Wir wollen afrikanische Länder dabei unterstützen, die Gewinnung und die Weiterverarbeitung von Rohstoffen in ihren Ländern zu stärken, diese durch Know-How-Transfer nachhaltiger zu gestalten und die lokale Wertschöpfung zu fördern, so dass vor Ort Arbeitsplätze, verarbeitende Industrien und letztlich umfassende Wertschöpfungsketten entstehen. Die Einhaltung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie Sorgfaltspflichten ist für uns dabei zentral. Hierfür sind das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auf deutscher Ebene und das Lieferkettengesetz der EU entscheidende Instrumente. Darüber hinaus müssen auch die Rechte indigener Völker geschützt werden, wie es zum Beispiel die ILO-Konvention 169 vorsieht. Gewinnung und Weiterverarbeitung sollte mit der Einhaltung ambitionierter Umweltstandards einhergehen. Eine Rohstoffgewinnung auf Kosten von Natur, Boden sowie der Wasserqualität und -quantität darf es nicht geben.

Unsere Rohstoffpartnerschaften unterscheiden sich von der Rohstoffpolitik unserer Wettbewerber, weil wir nicht nur die Rohmaterialien gewinnen und zur Verarbeitung in andere Regionen der Welt verschiffen, sondern vor Ort langfristig zur wirtschaftlichen, sozialen und umweltrechtlichen Entwicklung beitragen. Internationale Kooperationen zur Förderung des Wasserstoffhandels müssen Teil nachhaltiger, umfassend angelegter Entwicklungspartnerschaften sein, die die sozioökonomische Entwicklung und die Dekarbonisierung der Wirtschaft in den Partnerländern unterstützen.

Fluchtursachen bekämpfen und reguläre Zuwanderungsmöglichkeiten schaffen

Die Fluchtursachen in Afrika sind vielfältig. Die häufigsten sind Krieg, Klimakrise und Autokratie. Umweltveränderungen, die zu sinkenden landwirtschaftlichen Erträgen und Nahrungsmittelknappheit führen, sind ein Grund für Migration. Die Unterstützung von politischer Beteiligung und von Friedensprozessen sowie die Unterstützung bei der Anpassung gegen die Folgen zunehmender Klima-Extreme ist daher auch Fluchtursachenbekämpfung. Auch darum ist eine engagierte außen- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Afrika so wichtig.

Die durch Krieg und Vertreibung ausgelösten Fluchtbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent stellen die aufnehmenden Staaten vor große Herausforderungen. Wir erkennen daher zunächst an, welche große Leistung viele afrikanische Staaten für den Flüchtlingsschutz erbringen, denn die große Mehrheit Geflüchteter oder Vertriebener in Afrika bleibt im Heimatland oder geht in die direkten Nachbarstaaten. Hier muss Deutschland sich weiter solidarisch zeigen und diese Staaten bei der Versorgung der Menschen unterstützen. Dabei müssen spezifische Bedürfnisse von Frauen auf der Flucht anerkannt und adressiert werden. Deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik unterstützt darüber hinaus die Stabilisierung und Resilienz afrikanischer Länder und wirtschaftliche Entwicklung. Dies schafft für die Menschen Perspektiven vor Ort und mindert den Druck, ihre Heimat zu verlassen.

Die AU ist mit ihrer Migrationspolitik zudem bestrebt, die Personenfreizügigkeit auf dem Kontinent weiterzuentwickeln, um die großen Entwicklungspotenziale von Migration und Mobilität in Wert setzen zu können. Dabei sollten wir die AU unterstützen. Maßnahmen im Rahmen der Externalisierung von Grenzregimen nach Afrika und die Zusammenarbeit mit afrikanischen Autokratien in der Migrationspolitik – auch auf EU-Ebene – müssen immer wieder auf die Wahrung der Menschenrechte geprüft werden.

- **Reguläre Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland und Europa, etwa im Rahmen der Bildungs- und Arbeitsmigration, sollen ausgebaut werden. Wir benötigen daher die Förderung von Bildungs- und Forschungsk Kooperationen, den Ausbau von Stipendien- und Austauschprogrammen sowie unseren Einsatz für leichtere und faire Visa-Verfahren. Hierzu tragen auch die Migrationsberatungscentren wie zum Beispiel in Nigeria und Gambia bei.**
- **Den Auf- und Ausbau von Bildungs- und Forschungskapazitäten und „innovation hubs“ in den vielen Regionen Afrikas wollen wir gemeinsam mit unseren Universitäten, den Forschungs-, Förder- und Mittlerorganisationen weiterhin vorantreiben und die Sichtbarkeit dieser internationalen Kooperationen stärken.**
- **Ein weiteres wichtiges Instrument ist die Aushandlung von Migrationsabkommen. Diese müssen gleichzeitig deutschen Interessen an einer geregelten Migration dienen und für afrikanische Länder attraktiv ausgestaltet werden.**
- **Entschieden muss dabei dem Eindruck entgegengetreten werden, dass afrikanische Fachkräfte die neue Ressource sind, die Europa den afrikanischen Ländern in einem neo-kolonialen Gestus entzieht.**

Unser Angebot für strategische Partnerschaften

„Die Konflikte unserer Zeit lassen sich nur lösen, wenn wir der Perspektive unserer Partner mit Respekt begegnen, nicht mit moralischer Überhöhung. Es ist wichtig, Unterschiedlichkeit zuzulassen und gleichzeitig in der Lage zu sein, gemeinsame Interessen zu identifizieren.“ (Lars Klingbeil, 18.3.2024)

In einer multipolaren Welt wird eine engere und strategische Zusammenarbeit mit den 54 Ländern Afrikas noch wichtiger für Deutschland und Europa. Anders als andere Staaten, richtet Deutschland seine Angebote aber nicht nur an afrikanische Regierungen, sondern auch an die Gesellschaften. Das wird zunehmend zu einem geopolitischen und komparativen Vorteil, der Deutschland und Europa von anderen geopolitischen Wettbewerbern unterscheidet. Wir sind überzeugt, dass Deutschland und Europa angesichts

der geographischen Nähe zu Afrika, der wechselseitigen Abhängigkeit unter anderem in klima- und migrationspolitischen, aber auch in energie- und gesundheitspolitischen Fragen sowie gemeinsamer außen- und sicherheitspolitischer Interessen und Werte in vielerlei Hinsicht weiterhin attraktive Partner für Afrika sind.

Damit das so bleibt, müssen wir allerdings Vertrauen stärken und unser Angebot strategischer ausrichten. Wir stehen in der Verantwortung, faire Angebote zu machen, die zum beidseitigen Vorteil sind. Das gilt für die Klimapolitik genauso wie für die Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitspolitik.

Wir erwarten dabei nicht, dass afrikanische Staaten exklusiv mit uns zusammenarbeiten. Unser Ziel ist es, strategischer und pragmatischer als zuvor Angebote für Bündnisse mit afrikanischen Staaten und Gesellschaften zu machen, wenn diese gemeinsamen Interessen dienen. Diese Interessen sind für uns als Sozialdemokratie aber nie nur wirtschaftlich oder geopolitisch bestimmt, sondern immer auch „Solidaritätsinteressen“. Auch darum bleibt eine starke entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern in Staaten und Gesellschaften unser Ziel. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, wo Hunger und Armut in fragilen Staaten bekämpft werden müssen, bleibt im Rahmen des vernetzten bzw. integrierten Ansatzes für Deutschland wichtig, weil hier humanitäre und Stabilitätsinteressen Deutschlands zusammenkommen.

Gleichzeitig müssen wir nicht zuletzt aus Respekt vor unseren afrikanischen Partnern wirtschaftliche und geopolitische Interessen nicht nur deutlicher, sondern auch ehrlicher als in der Vergangenheit benennen. Das wird von uns erwartet. Auch eine bewusste und konkrete Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Vergangenheit ist eine wichtige Voraussetzung für eine Zeitenwende in der Kooperation mit dem afrikanischen Kontinent.

Für unser internationales Engagement müssen unsere konkreten politischen Angebote an den Nachbarkontinent zukünftig besser zu den politischen Prioritäten in den afrikanischen Partnerländern passen. Hierzu gehören:

- die Partnerschaften im Bereich Energieversorgung wie die Just Transition Energy Partnership;
- eine faire Handelspolitik, die an die neue Freihandelszone der AU angelehnt und damit im beidseitigen Interesse ist und die die lokale Wertschöpfung fördert;
- eine Migrationspolitik, die Fluchtursachen bekämpft und reguläre Migration zum beiderseitigen Nutzen fördert und dabei eine zirkuläre Migration zum Ziel hat;
- die Ausrichtung unseres Engagements an den lokalen Zukunftsstrategien mit besonderem Fokus auf die Förderung der Jugend;
- die Unterstützung beim Aufbau von Weiterverarbeitungskapazitäten und beim Ausbau lokaler Wertschöpfung, insbesondere im Bereich strategischer Rohstoffe aber auch anderer Produkte bspw. im landwirtschaftlichen Bereich;
- sowie ein stärker mit der AU abgestimmtes sicherheitspolitisches Engagement, das vernetzte Ansätze zwischen Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik gemeinsam entwickelt.

Was bedeutet das?

Wir wollen afrikanische Partner auch stärker denn je einbinden, wenn es um die Lösung globaler und regionaler Krisen außerhalb der jeweiligen eigenen Regionen geht. Das bedeutet, dass wir den Austausch mit afrikanischen Partnern auf dem Weg zu Frieden in Europa genauso wie im Nahen Osten vertiefen wollen, besonders wenn es um den Umgang mit Sicherheitskrisen geht, weil sie Zugänge zu Akteur:innen haben, zu denen wir derzeit kaum Kontakt haben.

Deutsche Afrikapolitik muss nach der Zeitenwende mehr denn je als Querschnitt gedacht werden, nicht als Aufgabe von einem Ressort allein. Viele der anstehenden Herausforderungen für die Zusammenarbeit Deutschlands mit afrikanischen Ländern sind außen-, sicherheits-, entwicklungs-, wirtschafts-, energie- und klimapolitisch zugleich.

Noch stärker als bisher wollen wir uns jenen Ländern zuwenden, die den Multilateralismus stärken und in denen Regierungswechsel nach Wahlen fest etabliert sind. Hierzu gehören insbesondere Südafrika, Namibia, Kenia, Nigeria, Ghana, Cabo Verde, Gambia und Senegal. Diese Länder sollten besonders wichtige Partner für eine vertiefte Zusammenarbeit sein. Der geteilte Wunsch nach einer fairen und vorhersehbaren multilateralen Ordnung in einer zunehmend multipolaren Welt ist ein vielversprechender Ausgangspunkt für die weitere Zusammenarbeit.

In afrikanischen Ländern, in denen sich autokratische Tendenzen langfristig verfestigen und eine politische Öffnung auch mittelfristig nicht absehbar ist, wollen wir stärker als bisher die Instrumente der multilateralen und nicht-staatlichen Zusammenarbeit in den Blick nehmen. Wir suchen den Dialog und pragmatische Kooperation auch mit Ländern, deren Regierungen derzeit nicht unsere Werte teilen. Gleichzeitig achten wir auf unsere langfristige Glaubwürdigkeit gegenüber jenen, die auf politische Transitionen hoffen, heute schon auf Afrikas Straßen protestieren und absehbar auch politische Verantwortung übernehmen werden. Zu einer glaubwürdigeren Zusammenarbeit mit Akteur:innen jenseits der amtierenden Regierungen trägt eine feministische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik maßgeblich bei.

Deutschlands und Europas erster Partner in Afrika bleibt die AU, auch im Rahmen eines zukünftigen sicherheitspolitischen Engagements in Konfliktregionen wie dem Sahel oder am Horn von Afrika. Mittel- bis langfristig ist eine weitere Stärkung der AU und regionaler Institutionen mit dem Ziel der stärkeren Übernahme von sicherheitspolitischer Verantwortung unter anderem im Bereich des Peacekeeping entscheidend.

Unser Ziel ist es, den Austausch und die Kooperation mit afrikanischen Partner:innen aus Staaten, Gesellschaft und Wirtschaft voranzutreiben. Diese Partnerschaften sind entscheidend auf dem Weg zu einer guten Zukunft in Europa, Afrika und weltweit.